

# Zeit Zeichen

NUMMER 1 | MÄRZ 2022 | Magazin der Kath. Arbeitnehmer:innen Bewegung Österreich | 67. Jahrgang | 5 Euro | Jahresabo 17€



FOTO: SHUTTERSTOCK HARIEZ RAZALI

Mit  
Regionalteil:  
Steiermark  
und Wien

## Teilhabe Damit Demokratie lebt



**Vertrauenssache** Frieden und Freiheit brauchen die Bande der Solidarität **Seite 4**

**Wider Wissenschaft und Zusammenhalt** Entwicklungen beim Arbeitslosengeld und im Arbeitsrecht **Seite 6**

**Holt Jugendliche endlich aus der Krise** Was Jugendliche brauchen und wollen: Ausbildung, Perspektiven, Teilhabe **Seite 12**

# Inhalt

- 3 Kommentar**  
ANNA WALL-STRASSER
- 4 Vertrauenssache**  
Frieden und Freiheit brauchen die Bande der Solidarität, und Solidarität baut auf Vertrauen  
MICHAELA QUAUST-NEULINGER
- 6 Wider Wissenschaft und Zusammenhalt**  
Entwicklungen beim Arbeitslosengeld und im Arbeitsrecht  
SASCHA OBRECHT
- 8 Bürger:innenräte als Ergänzung der repräsentativen Demokratie**  
Im Klimarat entwickeln Bürger:innen gemeinsam umsetzbare Visionen einer klimaneutralen  
KARIN KÜBLBÖCK
- 9 Kommentar**  
KARL IMMERVOLL
- 10 Würde, Stärke, Handlungsmacht**  
Über eine nationale ökumenische Bewegung für Veränderung in Großbritannien  
TONY ADDY-PAPELITZKY
- 12 Holt Jugendliche endlich aus der Krise**  
Was Jugendliche brauchen und wollen: eine solide Ausbildung, Perspektiven, Teilhabe und Mitbestimmung  
BARBARA KASPER U. RICHARD TIEFENBACHER
- 14 Menschenwürdig statt prekär**  
KAB fordert geänderte Rahmenbedingungen für die 24-Stunden-Personenbetreuung in Österreich  
MARTIN HOCHEGGER UND KARIN LIEBENWEIN
- 15 Einladung zur ersten österreichischen Gemeinwohl-Werkstatt**  
ARNO NIESNER
- 16 Kommentar**  
ANDREAS EXNER
- 17 Gemeinsam sind sie stark**  
Das neue Präsident:innen-Team der Katholischen Aktion Österreich stellt sich vor
- 19 Vom Herzensanliegen zum konkreten Klimaprojekt**  
Industrieviertelakademie 2022 in Wiener Neustadt  
SARAH-MARIA MACHEINER
- 20 Buchtipps**

# Editorial

*Diese Ausgabe von „ZeitZeichen“ geht der Frage nach, wie angesichts zunehmender Polarisierung, Spaltung und Machtverschiebungen in der Gesellschaft Teilhabe sichergestellt und gestärkt werden kann. Eine Übersicht über die Beiträge dazu finden Sie links im Inhaltsverzeichnis, das ab dieser Ausgabe für bessere Orientierung im Heft sorgen wird. Ebenfalls neu und Begleiter durch das Jahr 2022 ist Andreas Exner als ständiger Kommentator. Mit dem Ökologen und Politikwissenschaftler konnten wir den in vielen Bereichen engagierten operativen Leiter des Regional Centre of Expertise (RCE) Graz-Styria, Zentrum für nachhaltige Gesellschaftstransformation der Universität Graz gewinnen, der das aktuelle gesellschaftspolitische Geschehen kommentieren wird. Herzlich willkommen!*

**Elisabeth Ohnemus**, Chefredakteurin

## Zur aktuellen Kriegssituation in der Ukraine

Teilhabe ist der Schwerpunkt der vorliegenden Ausgabe von ZeitZeichen. Es bedeutet für uns: Anteil haben und mitgestalten können an der Gesellschaft, zum eigenen Wohl und vor allem zum Wohl eines größeren Ganzen. Das Neue Testament kennt dafür ein Bild: Reich Gottes!

Ein solches allgemeines Wohl wird derzeit massiv bedroht durch schreckliche Kriege, aktuell auch in Europa. Krieg, da will wer was kriegen, zum eigenen Vorteil und zum Schaden anderer. Woran haben jene hinter den Waffen Anteil? Was bedeutet das für die Bevölkerung – für Kinder, Junge und Alte, für Frauen und Männer? Krieg bedeutet die absolute Verweigerung von Teilhabe, nicht nur für den Augenblick. Er zerstört auch die Zukunft, bringt unsägliches Leid und kostet Leben!

Als KAB setzen wir uns ein für ein gemeinsames und friedvolles Europa. Wir stellen uns gegen jede kriegerische Handlung und Waffengewalt. Der Angriffskrieg gegen die Ukraine ist nicht nur ein tödlicher Schlag gegen Menschen, sondern auch gegen das Völker- und Menschenrecht. Das Hochschrauben der Rüstungsspirale ist jedoch ein riskanter Weg, der viele Opfer kosten und die Gewaltsituation nicht lösen wird. Wir appellieren an alle Verantwortlichen, Friedenslösungen zu suchen und alle Möglichkeiten der gewaltfreien Konfliktlösung zu ergreifen.

*„Das ist ein Fasten, wie ich es liebe: die Fesseln des Unrechts zu lösen, die Stricke des Jochs zu entfernen, die Versklavten frei zu lassen, jedes Joch zu zerbrechen, an die Hungrigen dein Brot auszuteilen, die obdachlosen Armen in dein Haus aufzunehmen, wenn du einen Nackten siehst, ihn zu bekleiden und dich deinen Verwandten nicht zu entziehen...“ (Jes. 58, 6-7)*

## KOMMENTAR

### ZUR PERSON

**Anna Wall-Strasser**, Theologin, ehem. Betriebsseelsorgerin, langjährig tätig im Bereich mensc&arbeit der Diözese Linz, ist Vorsitzende der Katholischen Arbeitnehmer:innen Bewegung Österreich. **FOTO:** JAKOB LEHNER



*Ich erinnere mich an ein Treffen mit einer alten Schulfreundin vor einigen Jahren. Wir hatten uns lange nicht gesehen, und nach dem Austausch unserer beruflichen und privaten Neuigkeiten fragte ich sie, wie sie die damals gerade bevorstehende Nationalratswahl einschätze. „Ich geh nicht wählen“, sagte sie lapidar. „Ich habe noch nie gewählt. Was soll das bringen?“ – Ich war sprachlos, und im Nachdenken über diese mir so unverständliche Haltung wurde mir so einiges bewusst: Aus einer marginalisierten Familie kommend hatte sich meine Freundin zur Matura durchgekämpft, war dann etliche Jahre ins Ausland gegangen und hatte nach ihrer Rückkehr einen halbwegs sicheren Arbeitsplatz im Kultur- und Bildungsbereich ergattert. Die Sorge um ihr eigenes Leben und das ihrer Angehörigen verlangte ihr alles ab, ihre Lebensträume vergrub sie sorgfältig unter den realen Alltagsbedingungen. Dass die eigene Wählerstimme auf diese einen Einfluss haben könnte oder ein Eintreten für politische Ziele, in welcher Form auch immer, etwas bewirken würde, kam in ihrem Erfahrungshorizont nicht vor. Im großen Unterschied zu meinem, die ich mich seit meinen Jugendjahren in Gruppen und Bewegungen organisiert und engagiert hatte.*

*Beteiligung an demokratischen Prozessen – wo lernt man das? In der Schule passiert dazu faktisch wenig. Der Schulalltag ist durchorganisiert, ohne Möglichkeit für die Schüler:innen, daran etwas zu ändern. Einzelne Projekte und engagierte Pädagog:innen bilden die Ausnahme. In der Familie hängt es von den sozialen und wirtschaftlichen Ressourcen ab, ob Kinder ein Verständnis für politische Teilhabe mitbekommen. Und – wie die Autorin und Journalistin Melisa Erkurt bei der Tagung „Soziale Gerechtigkeit und Demokratie“\* deutlich machte: Kinder aus den unteren sozialen Schichten kriegen dieses Selbstverständnis, sich demokratisch zu beteiligen, gar nicht mit. Als Jugendliche gehen sie dann nicht wählen, weil sie denken, für Menschen wie sie wird ohnehin keine Politik gemacht. Das betrifft vor allem Kinder und Jugendliche aus migrantischen Familien, die noch dazu oft vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. „Erst wenn du dich als Teil dieser Gesellschaft fühlst, kannst du für eine bessere Gesellschaft kämpfen“, so Melisa Erkurt. Auf Grund fehlender Erfahrungen mangelt es auch an der Vorstellung von Möglichkeiten, sich zu beteiligen. Wer nicht er-*

*lebt hat, dass sein: ihr Beitrag gefragt ist und dann auch etwas Positives bewirkt, hat keinen Grund und keine Motivation, sich politisch für seine: ihre Interessen einzusetzen. Das ist auch bei arbeitslosen Menschen zu erleben, wie bei allen, die in prekären Verhältnissen leben und viel leisten müssen, um überhaupt den Alltag zu bestehen. Dann zu sagen, die sind selber schuld, wenn sie ihre Interessen nicht besser vertreten, ist billig und zynisch.*

*Strukturelle Ungleichheiten sind der Boden für mangelnde Beteiligung. Das ist ein Auftrag an politisch Verantwortliche, eine Bringschuld derer, die an den institutionellen Machtthronen sitzen. Es braucht ein klares Bekenntnis, die Überwindung der sozialen Ungleichheit in den Mittelpunkt unserer Politik zu stellen. Es braucht Bildungs- und Beteiligungsprogramme für Menschen jeden Alters dort, wo sie leben und arbeiten. Nur dann ist vielfältige Beteiligung möglich und Demokratie kein leeres Wort.*

*\* Tagung Soziale Gerechtigkeit und Demokratie, 19.11.2021, Brotfabrik Wien.*

*[www.kavoe.at/category/veranstaltungen/](http://www.kavoe.at/category/veranstaltungen/)*

## Wege zur sozialen Teilhabe

**Erfahrungen von Jobgarantie bis Grundeinkommen  
SYMPOSIUM**

**23.6.2022, 10 - 17 Uhr,**

**Arbeitnehmer:innenzentrum St. Pölten;**

Arbeitsmarktinitiativen wie die Arbeitsplatzgarantie in Gramatneusiedl/Marienthal, das Grundeinkommensprojekt Sinnvoll Tätig Sein in Heidenreichstein und Inklusions- und Integrationsprojekte in ganz Österreich experimentieren mit neuen Wegen zur sozialen Teilhabe innerhalb und außerhalb der Erwerbsarbeit. Wo Erwerbsarbeit für die einen integrativ wirkt, kann sie für andere ausgrenzend sein. Das Symposium will diesem Spannungsverhältnis nachgehen und Wege sozialer Teilhabe für alle aufzeigen.

**Anmeldung u. Programm:** [www.kaboe.at](http://www.kaboe.at)

Veranstalter:innen: KABÖ, Netzwerk Grundeinkommen, Uni Wien und Salzburg; in Kooperation mit AK Niederösterreich.

# Vertrauenssache

## Frieden und Freiheit brauchen die Bande der Solidarität, und Solidarität baut auf Vertrauen

„Frieden und Freiheit brauchen die Bande der Solidarität, um auf Dauer Bestand zu haben. Doch diese gibt es nur zum Preis des Vertrauens“: Vor dem Hintergrund des Kriegs in der Ukraine und des öffentlichen Umgangs mit der Corona-Krise reflektiert die Theologin **MICHAELA QUAST-NEULINGER** über den Begriff der „Politik“ und die Grundprinzipien gelingenden menschlichen Zusammenlebens.

**W**ürde er es wagen? Tatsächlich tun? Alle Gepflogenheiten, Verträge, Abmachungen über Bord werfen? Die Versprechungen brechen, beinhaltet der Lüge folgen und sie mit aller Vehemenz als Legitimierung von Gewalt, Tod, Vernichtung propagieren? Seit 23. Februar 2022 ist es gewiss – das letzte Quäntchen Vertrauen in die Unmöglichkeit eines Angriffskrieges ist verloren. Hass und Machtgier zeigen ihre grausige Fratze. Die Friedens- und Freiheitsordnung ist tief gebrochen. Die so abgenützt erscheinenden Worte – Friede, Freiheit, Solidarität – werden im Angesicht der radikalen Bedrohung von innen und außen erneut zu fernen Sehnsuchtsorten. „Man will sich einfach nicht daran gewöhnen, dass es in unserer Gesellschaft keine von allen Seiten anerkannten Schiedsrichter mehr gibt, die bei widerstreitenden Interessen den Ausschlag geben und jede Partei in ihre Grenzen weisen. Es geht nicht darum, die Legitimität der Interessengegensätze zu bestreiten, sondern lediglich darum, eine Form des Weitermachens mit Divergenzen zu finden. Wer will eigentlich nicht, dass Ordnung und Friede herrsche?“, schreibt der Soziologe Heinz Bude in seinem 2019 erschienen Plädoyer für „Solidarität. Die Zukunft einer großen Idee“ (Hanser).

### Keine Solidarität ohne Vertrauen

Solidarität als ein Kernprinzip des Zusammenlebens in freien Gesellschaften baut ein Netz, in dem sich Menschen gegenseitig Halt geben, aber auch korrigieren, schützen, stützen und ermu-



Michaela Quast-Neulinger: „Können wir noch vertrauen? Können wir (uns) noch Glauben schenken? Wenn wir nicht den Mut finden, immer wieder neu an einem tragenden Netz zu arbeiten, das möglichst kein Leben verloren zurücklässt, hat Pilatus gesiegt. Zumindest vorläufig hier auf Erden.“

FOTO: ELISABETH ZARZER

tigen. Und sie setzt eines voraus: Vertrauen. Ein Vertrauen darauf, dass mein Gegenüber kein Trittbrettfahrer ist, mir nicht im nächsten Moment in den Rücken fällt oder mich schamlos ausnützt. Solidarität ist kein Zwang, Solidarität ist Vertrauenssache. Populisten und Kriegstreiber wissen nur zu gut: Divide et impera – zerstöre das soziale Band, und du wirst herrschen. Es ist ein altes Spiel, und es funktioniert immer wieder aufs Neue. Der Zyniker Pilatus spielte es bis zur Perfektion. Was ist schon Wahrheit, solange sie mir dient? Schauke die Menge auf und sie wird dir willfährig sein. Der neue Pilatus und seine Klone spielen hybride – am Boden, im digitalen Raum, über Influencer

in Politik und Medien hinein bis in die Ecken unserer Häuser und Wohnungen, in Partnerschaften und Familien. Haben wir ihr Spiel noch rechtzeitig durchschaut?

### Der öffentliche politische Diskurs braucht die Auseinandersetzung mit Werte-, Interessens- und Glaubenfragen

Solidarität, die sich nicht in exklusiven Zirkeln erschöpft, muss sich auf ein Drittes hin öffnen, einen gemeinsamen Horizont, für den es sich zu leben und zu streiten lohnt, und zugleich genügend Raum für innere Pluralität erlauben. Ein geteiltes Ethos ist kein Luxus, sondern überlebensnotwendig. Doch

gerade die Auseinandersetzung mit Werte-, Interessens- und Glaubensfragen wurde in den vergangenen Jahren aus dem öffentlichen politischen Diskurs ausgeklammert, mindestens solange es nicht um Wertekurse für „die Anderen“ ging. Zwischen rechts-populistischen Rufern nach „christlichen Werten“ und blinden Verteidigern eines relativistischen „anything goes“-Multikulturalismus scheint das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer unaufgeregten Debatte darüber, welche Prinzipien, Institutionen,haltungen für ein Miteinander notwendig sind, zu fehlen.

### **Politik: Nicht „die Wahrheit“ durchsetzen, vielmehr in Wahrhaftigkeit verhandeln**

Alexander Bogner warnt vor einer „Epistemisierung des Politischen“ (Reclam 2021). Ein spröder Titel, hinter dem sich eine wichtige Einsicht verbirgt. Wissenschaft und Politik funktionieren nach unterschiedlichen Mechanismen. Wer die Organisation des Gemeinlebens und die Debatte über dieses nach dem Vorbild einer Expertokratie funktionieren sehen möchte, hat die Grundlagen der liberalen Demokratie nicht verstanden. Wissenschaft kann und soll Expertise liefern, doch die Entscheidungsfindung in liberalen Demokratien ist ein gemeinschaftlicher Prozess, in dem Werte-, Interessens- und Glaubensfragen sorgsam abgewogen werden müssen. Zu diesem Prozess gehören auch jene dazu, die als „Leugner“, „Gegner“, „Idioten“ etc. verunglimpft werden. „Alternative Fakten haben ganz offensichtlich Konjunktur, wenn Politik (auf Grund ihrer Übereinstimmung mit der Wissenschaft) als alternativlos erscheint“, so Bogner. Natürlich fordert Bogner nun nicht, der Lüge oder dem Falschen bedingungslos Raum zu geben. Wissenschaft ist der beständigen Suche nach Wahrheit verpflichtet. Das Politische aber ist nicht Wahrheit, sondern der Raum der Verhandlung, in den alle geladen sind, um dem „zwanglosen Zwang“ des besseren Arguments



Michaela Quast-Neuling: „Solidarität ist Vertrauenssache ist Überlebenssache. Nur, wenn Menschen etwas riskieren, kann überhaupt Leben werden und wachsen.“

FOTO: FREEPIK

zu folgen. Sie ist der Wahrhaftigkeit als Haltung im Diskurs verpflichtet, aber nicht der Durchsetzung „der Wahrheit“.

### **Wahrhaftigkeit als demütige, resolute Haltung**

„Niemand muss solidarisch sein, man muss nur eine Ahnung haben, was man verliert, wenn man vergisst, was wir uns schulden“, warnt Heinz Bude. Wissen wir noch, was wir uns schulden? Ist noch ein Gespür vorhanden für das, was uns gemeinsam ist? Haben wir noch Prinzipien, an die wir glauben – und können wir (einander) noch glauben, (aufeinander) noch vertrauen? Wie ist es um die Wahrhaftigkeit als demütige, aber resolute Haltung bestellt?

„Der Weg, die Wahrheit und das Leben“, das ist Christus, das sind nicht wir Menschen. Unser Auftrag, insbesondere als Christinnen und Christen, ist es, im Diskurs wahrhaftig Zeugnis abzulegen, Augen und Ohren zu öffnen, hinzuhören, aber sich nicht zu unterwerfen. Die möglichen berechtigten Anliegen des Anderen zu achten, aber auf klaren Kriterien zur gemeinschaftlichen Gestaltung des Lebens beharren. Trotz allem Vertrauen zu schenken, aber für Trittbrettfahrer und den Pilatus heute wachsam zu sein.

### **Solidarität ist Vertrauenssache ist Überlebenssache**

Das Böse wird immer wieder sein finsternes Antlitz zeigen, mit den Versprechungen der Allmacht und Allwissenheit locken, in die Gewalt führen. Trau

niemandem außer dir selbst! Wiegle die Massen auf, schüre ihre Ängste – aber werde nicht Teil von ihr! Despoten speisen einsam.

Solidarität ist Vertrauenssache ist Überlebenssache. Nur wenn Menschen etwas riskieren, kann überhaupt Leben werden und wachsen. Jedes Kind ist ein Risiko – wird es werden? Wird es Gutes tun? Nesthocker brauchen Fürsorge, das Vertrauen ihrer Welt in sie und ihr eigenes Vertrauen in diese Welt. Niemand lebt für sich allein, selbst der schrecklichste Despot wurde geboren. Frieden und Freiheit brauchen die Bande der Solidarität um auf Dauer Bestand zu haben. Doch diese gibt es nur zum Preis des Vertrauens. Eine „riskante Vorleistung“, eine „Bindung, deren ungeheurer Wert erst im Moment der Trennung erlebt wird, und Engagement, das nicht selten in Enttäuschung endet“, so Heinz Bude schonungslos offen. Das haben wir in den vergangenen Jahren, Monaten und Tagen bitter erfahren. In den Auseinandersetzungen um den angemessenen Umgang mit der COVID-Pandemie, den aufgerissenen Gräben in Freundschaften und Familien, im unvorstellbar geglaubten Krieg.

Können wir noch vertrauen? Können wir (uns) noch Glauben schenken? Wenn wir nicht den Mut finden, immer wieder neu an einem tragenden Netz zu arbeiten, das möglichst kein Leben verloren zurücklässt, hat Pilatus gesiegt. Zumindest vorläufig hier auf Erden.

# Wider Wissenschaft und Zusammenhalt

## Entwicklungen beim Arbeitslosengeld und im Arbeitsrecht

Der Bundesminister für Arbeit, Martin Kocher, hat für 2022 eine Reform des Arbeitslosengeldes angekündigt. Obwohl die genaue Ausgestaltung noch unklar ist, sind bereits geplante Eckpunkte bekannt. So spricht er sich für ein mit der Zeit sinkendes, also degressives Arbeitslosengeld und gegen eine Erhöhung der Nettoersatzrate aus. Außerdem setzt er immer wieder wenig beachtete, aber durchaus einschneidende Schritte im Arbeitsrecht. Der Arbeitsrechtler **SASCHA OBRECHT** analysiert und mahnt: eine starke Demokratie lebt von der Partizipation größtmöglicher Teile der Bevölkerung. Wenig abgesicherte Menschen drohen, „verloren“ zu gehen.

**B**ereits seit 2021 plant der österreichische Arbeitsminister Martin Kocher eine Neugestaltung des Arbeitslosengeldes. Was das konkret bedeutet, bleibt weiterhin unbekannt. Bestimmte Eckpunkte scheinen jedoch festzustehen, weil er sie wie im Mantra wiederholt: So spricht er sich pauschal gegen eine Erhöhung der Nettoersatzrate (der Grundbetrag des Arbeitslosengeldes liegt momentan bei 55% des früheren Nettoeinkommens) und für schrittweise Kürzungen bei Langzeitarbeitslosen aus.

### Kritik von Interessenvertretungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen

Kritik kommt dazu unter anderem von Caritas, Armutskonferenz und ÖGB. Im Vorfeld der parlamentarischen En-

quete zum Arbeitslosengeld am 7. März 2022 forderten sie die Erhöhung des Arbeitslosengeldes. Sie rechnen vor, dass 90% der Arbeitslosen weniger als 40 Euro am Tag erhalten und damit unter der Armutsgrenze für Einpersonenhaushalte liegen. Für arbeitslose Frauen ist die Situation noch prekärer: mehr als die Hälfte erhält weniger als 27 Euro pro Tag. Auch Berechnungen der Arbeiterkammer Oberösterreich zu den Auswirkungen einer Erhöhung der Nettoersatzrate auf 70% sprechen eine deutliche Sprache: Man würde 40.000 Menschen unmittelbar aus der Armutgefährdung holen, davon 6.500 Kinder und Jugendliche. Dennoch bleibt der Arbeitsminister bei seinem kategorischen Nein.

### Die Expertise von Ökonom:innen

Doch auch sein zweiter Eckpunkt, das degressive Arbeitslosengeld, sorgt für Kritik. Nicht nur seitens der genannten Organisationen und Interessenvertretungen, sondern auch unter Ökonom:innen. So verweist unter anderem die Ökonomin Andrea Weber, Professorin an der Central European University, auf eine schwedische Studie, die die Auswirkungen von steigendem und sinkendem Arbeitslosengeld erforschte. Entgegen der oft vertretenen Erzählung kommt die Studie zum Ergebnis, dass Langzeitarbeitslose nicht eher einen Job finden, weil man ihnen das Geld streicht. Auf der anderen Seite bleiben Menschen, die erst kürzlich ih-

ren Job verloren haben, durch ein hohes Arbeitslosengeld am Anfang des Bezugs länger ohne Beschäftigung. Im Ergebnis solle das Arbeitslosengeld deswegen mit der Zeit steigen und nicht sinken.

Auch Ausführungen der Ökonom:innen Patrick Mokre und Franziska Foissner stützen diese Annahme: so zeige gerade die Sozialforschung in regelmäßigen Abständen den unmittelbaren Zusammenhang zwischen niedrigen Sozialleistungen und Armutgefährdung. Und aus keynesianischer Sicht sei offensichtlich, dass eine Kürzung von Sozialleistungen zu einer Reduktion des Konsums und somit zu einem Sinken der wirtschaftlichen Nachfrage und damit in einem Teufelskreis zu weiterer Arbeitslosigkeit führe.

### Politische Entscheidungen auf Basis eines Menschenbilds

Die Forderung nach einem degressiven Modell ist daher nicht von wissenschaftlichen Erkenntnissen, sondern viel mehr von einem gewissen Menschenbild getrieben: es ist die falsche Annahme, dass Langzeitarbeitslose prinzipiell nicht auf der Suche nach Arbeit wären und deswegen Sanktionen verdienen würden. Dass die Forderung nach derartigen Kürzungen just letztes Jahr während der Pandemie und einer Arbeitslosigkeit auf Rekordständen erneuert wurde, scheint in diesem Zusammenhang besonders zynisch.





Sascha Obrecht: „Eine starke Demokratie zeichnet sich durch Partizipation und Teilhabe größtmöglicher Teile der Bevölkerung aus. Je besser abgesichert Menschen sind, desto eher kommt es zur Beteiligung. Untersuchungen wie Marienthal zeigen, dass der Staat insbesondere bei Langzeitarbeitslosen gefordert ist, um nicht Bevölkerungsteile zu „verlieren“.“

FOTO: PRIVAT

## Die Enthaltung Österreichs zur EU-Mindestlohnrichtlinie

Bemerkenswert ist auch, was sich fast unbemerkt von der österreichischen Medienlandschaft im Rat der Europäischen Union, dem Treffen der Fachminister:innen auf europäischer Ebene, Anfang Dezember 2021 ereignete: Die zuständigen Arbeitsminister:innen der Mitgliedsstaaten berieten sich am 6. Dezember über einen Vorschlag der EU-Kommission zur Förderung von Mindestlöhnen in der EU. Während sich eine Mehrheit für diesen Vorschlag aussprach, enthielt sich der österreichische Arbeitsminister Martin Kocher seiner Stimme. Er hatte bereits im Vorfeld immer wieder medial seine Bedenken dazu geäußert und auf rechtliche Problemstellungen im Zusammenhang mit dem österreichischen Kollektivvertragssystem verwiesen. Welches Problem er konkret erblickte, bleibt jedoch im Verborgenen. Die Richtlinie selbst hat nämlich auf Österreich aufgrund seiner hohen Abdeckung durch Kollektivverträge und den damit etablierten branchenweiten Mindestlöhnen keine Auswirkungen. Dafür jedoch auf viele andere Mitgliedsstaaten: so geht die Kommission davon aus, dass von der Mindestlohnrichtlinie zwischen 10 und 20 Millionen Arbeitnehmer:innen in der EU profitieren würden.

Der slowenische Arbeitsminister Janez Ciglar Kraj äußerte sich deswegen in der offiziellen Stellungnahme des Rates übrigens so: „Arbeit muss sich lohnen. Wir können nicht hinnehmen, dass Menschen, die ihre gesamte Ener-

gie in ihre Arbeit investieren, dennoch in Armut leben und keinen angemessenen Lebensstandard erreichen können. Dieser Rechtsakt bedeutet einen großen Schritt in die richtige Richtung auf dem Weg zu diesem Ziel.“

Zusätzlich ist diese Maßnahme auch gleichsam ein wichtiger Schritt zur Beseitigung der Lohnkluft zwischen Ost und West in der EU, der den Druck auf den österreichischen Arbeitsmarkt und die Löhne reduziert. Dass sich der österreichische Arbeitsminister in dieser Frage nicht durchsetzen konnte und überstimmt wurde, ist daher aus vielerlei Hinsicht sicher kein Schaden.

## Das Austrocknen des Insolvenz-Entgelt-Fonds

Das gleiche Bild zeichnet die von ihm per Verordnung erlassene Halbierung der Beiträge zum Insolvenz-Entgeltfonds mit Jahreswechsel. Der Insolvenz-Entgeltfonds springt – vereinfacht gesagt – ein, wenn Unternehmen zusperren. Er sorgt dafür, dass auch im Fall der Insolvenz noch offene Löhne an Arbeitnehmer:innen ausbezahlt werden und ist damit ein zentraler Schutzschirm der arbeitenden Bevölkerung. Argumentiert wurde dieser Schritt damit, dass der Fonds momentan gut gedeckt sei und die Lohnnebenkosten damit um 0,1% gesenkt werden könnten. Bei dieser Argumentation muss man redlicherweise zugestehen, dass der Fonds momentan tatsächlich Reserven hat. Reserven, die sich durch diese Kürzung jedoch nun laut Prognosen bis 2024 mehr als halbieren werden. Insgesamt bleibt jedoch vor allem das Timing

## ZUR PERSON

Sascha Obrecht ist Assistent am Institut für Arbeits- und Sozialrecht an der Universität Wien und Bundesrat

für die Halbierung der einzigen Einnahmequelle dieser Schutz Einrichtung fragwürdig: Warum gerade in Zeiten der Pandemie und großer Unsicherheit am österreichischen Arbeitsmarkt die Insolvenzsicherung für eine minimale Lohnnebenkostensenkung beschnitten wird, wirft viele Fragen auf. Es bleibt daher der schale Beigeschmack, dass es sich hier mehr um ein Geschenk an Unternehmen auf Kosten der ArbeitnehmerInnen handelt, als um eine sinnvolle politische Maßnahme.

## Die Spaltung der Gesellschaft

Insgesamt ergibt dies ein durchwachsendes Bild. Eine starke Demokratie zeichnet sich durch Partizipation und Teilhabe größtmöglicher Teile der Bevölkerung aus. Je besser abgesichert Menschen sind, desto eher kommt es zur Beteiligung. Untersuchungen wie Marienthal zeigen, dass der Staat insbesondere bei Langzeitarbeitslosen gefordert ist, um nicht Bevölkerungsteile zu „verlieren“. Ein Programm zur Schaffung von Arbeitsplätzen für Langzeitarbeitslose scheint daher geradezu indiziert. Es bleibt daher zu hoffen, dass das geplante degressive Arbeitslosengeld-Modell nie kommen wird und BM Kocher wie in seiner Gehaltung zu europäischen Mindestlöhnen erneut überstimmt wird: diesmal durch ein Zusammenwirken von kritischer Öffentlichkeit und dem österreichischen Parlament. Schließlich scheint es nämlich immer das bessere Konzept zu sein, Arbeit zu finanzieren statt mit einem degressiven Leistungsmodell die Arbeitslosigkeit.

# Zukunft „Bürger:innenräte“

## Eine Ergänzung der repräsentativen Demokratie

„Als ich den eingeschriebenen Brief bekam, dachte ich: Oh nein, meine Tochter ist schon wieder ins Radar gefahren“. Solche und ähnliche Überraschungsmomente teilten die Teilnehmer:innen des österreichweiten Klimarats beim ersten Treffen Mitte Jänner 2022. Knapp 100 zufällig ausgewählte Personen beschäftigen sich an sechs Wochenenden mit der Frage, wie Österreich bis 2040 klimaneutral werden kann. **KARIN KÜBLBÖCK** berichtet vom Klimarat als einem Beispiel für das partizipative Modell des „Bürger:innenrats“.

**I**n Zeiten von Pandemie und Klimakrise stehen Institutionen der repräsentativen Demokratie vor komplexen und dringlichen Herausforderungen. Gleichzeitig nimmt das Vertrauen der Bevölkerung in eben jene Institutionen ab. In Österreich waren Ende 2021 58% der Bevölkerung der Meinung, dass das politische System wenig oder gar nicht gut funktioniert (s. SORA Demokratiemonitor <https://www.sora.at/nc/news-presse/news/news-einzelansicht/news/systemvertrauen-auf-tiefpunkt-1091.html>).

in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle spielen.

Ein Bürger:innenrat besteht aus einer Gruppe von zufällig ausgewählten Personen, bei deren Auswahl darauf geachtet wird, dass die Bevölkerung in ihrer Vielfalt möglichst gut abgebildet ist. Diese Personen beschäftigen sich zu einem oder mehreren Terminen mit bestimmten Fragestellungen und erarbeiten dazu Vorschläge, die an die Politik übergeben werden. In Österreich – insbesondere in Vorarlberg – haben lokale und regionale Bürger:innenräte bereits längere Tradition.

„Wirkungsmanifest“ zurückzugreifen, das sich die Bürger:innen selbst gegeben haben: Der Klimarat ist gelungen, wenn durch die Empfehlungen und die geschaffene Aufmerksamkeit die Bereitschaft der Politik für wirksame Klimamaßnahmen erhöht wird; wenn ein Bewusstseinswandel in der Öffentlichkeit gefördert wird; wenn er als gutes Beispiel wirkt, um zukünftig Bürger:innen stärker in politische Entscheidungen einzubinden.

### Gemeinsam eine umsetzbare Vision entwickeln

Die Ergebnisse des Klimarats werden ein Gradmesser dafür sein, was Bürger:innen bereit sind mitzutragen, um die Klimakrise zu lindern. Denn an Maßnahmenvorschlägen mangelt es nicht. Was jedoch offen ist, ist wie Klimapolitik gestaltet und kommuniziert werden muss, damit der nötige Veränderungsprozess breit mitgetragen und mitgestaltet wird. Nur gemeinsam lässt sich eine positive und anschlussfähige Vision einer klimaneutralen Gesellschaft entwickeln und umsetzen. Dazu will der Klimarat einen Beitrag leisten. Vielleicht wird in Zukunft eine ausgebaut öffentliche Verkehrsanbindung verhindern, dass die Tochter so oft ins Radar fährt.

### Empfehlungen für ein klimaneutrales Österreich bis 2040

Seit Anfang 2022 findet erstmals ein nationaler Bürger:innenrat – der so genannte Klimarat – statt. Er wurde von der Bundesregierung 2021 aufgrund einer Forderung des Klimavolksbegehrens beschlossen. Mit diesem Beschluss ist Österreich in guter Gesellschaft: ähnliche Prozesse gab es in den letzten drei Jahren u.a. in Frankreich, Schottland, dem Vereinigten Königreich und Deutschland. Von Jänner bis Juni 2022 erarbeiten knapp 100 in Österreich lebende Menschen an sechs Wochenenden Empfehlungen für ein klimaneutrales Österreich bis 2040. Diese werden der Bundesregierung und dem Parlament übermittelt. Wissenschaftler:innen sowie ein Moderationsteam begleiten den Diskussionsprozess.

### Wann ist der Klimarat gelungen?

Um zu beurteilen, wann der Klimarat gelungen ist, bietet es sich an, auf das



Karin Küblböck: „Die Ergebnisse des Klimarats werden ein Gradmesser dafür sein, was Bürger:innen bereit sind mitzutragen, um die Klimakrise zu lindern.“ **FOTO: KLIMARAT**

Mehr Transparenz von politischen Entscheidungen sowie mehr Mitsprache sind dringend nötig. Dafür braucht es neue Wege von Entscheidungsfindungen, bei denen breite Bevölkerungsgruppen stärker gehört und eingebunden werden. Bürger:innenräte können

### ZUR PERSON

Karin Küblböck ist Senior Researcher an der Österreichischen Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung und Teil des Moderationsteams des Klimarats.

## KOMMENTAR

### ZUR PERSON

**Karl Immervoll** ist Theologe, Schuhmacher und Musiker, war Pastoralassistent für Betriebsseelsorge im oberen Waldviertel und unterrichtete an der Lehranstalt für Pastorale Berufe und beim Musikschulverband Heidenreichstein mit Schwerpunkt „Musizieren im Sozialen Raum“. Er leitet den Lehrgang HIN-GEHEN für Seelsorge und christliches Engagement in der Arbeitswelt und ist seit März 2021 Bundesseelsorger der

KABÖ. FOTO: ERHARD HOIS



## Teilhaben

*Er sitzt in der Ecke der Synagoge, der Mann, beschrieben von Lukas in seinem Evangelium (6,6-11). Abseits, unbeachtet. Seine rechte Hand war verdorrt. ξηρά (xērá) heißt es im griechischen Text – trocken, dürr. Da war also kein „Saft“ mehr in der Hand. Er konnte nicht zupacken, musste hoffen und warten, war angewiesen auf andere, blieb meist unbeachtet.*

### **Das erinnert mich an Mattheo!**

*Als er nach der Pflichtschule zu arbeiten begann, verlangten seine Eltern, dass er auszieht. Zu Hause war der Platz eng, noch drei jüngere Geschwister und außerdem verdiente er ja Geld. Die Wohnung war bald gefunden. Nun stand er auf eigenen Füßen. Vor allem war es aber eine sturmfreie Bude, die auch fleißig von seinem Freundeskreis – meist in Verbindung mit viel Alkohol – genutzt wurde. Mit der Zeit versäumte er hin und wieder den Arbeitsbeginn am Morgen, schließlich passierte es, dass er gar nicht mehr zur Arbeit kam. Er wurde entlassen, sackte ab.*

### **Oder sitzt dort Gerda?**

*Der Alltag macht ihr zu schaffen: Kinder, Schule, Arbeit, Haushalt und viel allein. Denn der Mann ist bei einer Baufirma beschäftigt und die meiste Zeit auf Montage. Sie sind wegen seiner Arbeit zugezogen, Verwandtschaft gibt es keine, damit auch keine Hilfe. Ohne Tabletten kann sie nicht mehr schlafen.*

### **Oder Harry, gelernter Mechaniker, wirklich Spezialist.**

*Nach einem Arbeitsunfall kann er sein Bein nur mehr kurzfristig belasten. Er ist 57, arbeitslos, doch wer nimmt ihn? Die Werkstätte im Ort holt ihn manchmal, wenn es an älteren Modellen komplizierte Reparaturen gibt. Angestellt wird er dafür nicht mehr.*

### **Oder ist es Said, der Syrer, oder Emin**

*– zwar in Österreich geboren aber für alle anderen noch immer der „Türke“, oder Frida, die 24 Stundenhilfe aus Rumänien, oder gar Otto, Pensionist, der sich von der Politik benachtei-*

*ligt fühlt und bei jeder Gelegenheit laut über die Ausländer schimpft, denen ja alles geschenkt wird.*

*Es ist Sabbat. Die Männer in der Synagoge sehen den Mann zwar, aber sie machen keine Anstalten seine Situation zu verändern. Vielmehr warten sie, was Jesus tut. An normalen Tagen ist es ja noch eher erträglich ausgeschlossen zu sein. Da sind alle irgendwie beschäftigt und selbst verbringt man auch irgendwie die Zeit. Aber bei Festen draußen zu sein ist schmerzlich. Wenn der Eintritt nicht möglich ist, Konsumation nicht leistbar, keine passende Kleidung vorhanden, eine Einladung sowieso nicht ausgesprochen wird. Das Gefühl nicht dazuzugehören tut weh. Darum geschieht diese Geschichte wohl am Sabbat. Denn all zu leicht könnte gesagt werden, wir kümmern uns am Montag oder Dienstag oder irgendwann drum. Jetzt, am Feiertag, wollen wir nicht gestört werden. Vielleicht sogar im Gottesdienst ein Bettler, eine Zumutung! Jesus sah sie alle der Reihe nach an, erzählt Lukas, und sagt zum Mann mit der verdorren Hand: Steh auf und stell dich in die Mitte. Für den Mann sind das zwei große Veränderungen: Aufstehen, das heißt auf Augenhöhe zu sein. So erst wird ein ernstgemeintes Gespräch, also Begegnung, möglich. Und die Mitte: Sie meint so etwas wie Aufmerksamkeit, vielleicht sogar Anerkennung. Es bedeutet, hier steht ein Mensch, einer von uns! Und dann fordert Jesus den Mann auf: Streck deine Hand aus! Und siehe da, der Mann war gesund, oder anders gesagt: Er gehörte wieder dazu.*

## Einladung

**„hingehen“ – Ausbildungskurs für Seelsorge & christliches Engagement in der Arbeitswelt**

**November 2022 – März 2024**

**Kontakt:** Karl A. Immervoll, karl.immervoll@wvnet.at, Tel. 0681 20847055;

Folder unter: <https://www.cardijnverein.org/de/training>

# Würde, Stärke, Handlungsmacht

## Church Action on Poverty - eine nationale ökumenische Bewegung für Veränderung in Großbritannien

Ungleichheit und Armut sind wachsende Probleme, denen sich alle Christ:innen und Kirchen stellen sollten. Church Action on Poverty (CAP), eine christliche, von den Kirchen unabhängige Bewegung in Großbritannien, wurde gegründet, um Pionierarbeit zu leisten und Veränderungen voranzutreiben. Hervorgegangen ist die Bewegung aus der gemeindebasierten Arbeit der Kirchen, sie kooperiert mit anderen Organisationen und Bewegungen auf lokaler und nationaler Ebene. CAP ist bestrebt sicherzustellen, dass Menschen, die von Armut betroffen sind, eine Stimme bei der Gestaltung von Veränderung haben und den Machthabenden „die Wahrheit sagen“, ihre Realität zur Sprache bringen. Das bedeutet auch, die Kirchen herauszufordern, denn viele Christ:innen behandeln Armut so, als könnte sie durch Verhaltensänderungen der Betroffenen behoben werden. Es geht jedoch vielmehr darum, neue Initiativen, die von armutsbetroffenen Menschen gesetzt werden, auf lokaler Ebene voranzutreiben und eine nationale Bewegung aufzubauen. Ein Beitrag von **TONY ADDY-PAPELITZKY**

**C**AP arbeitet mit drei Schlüsselwörtern: Dignity, Agency und Power. Dignity, also Würde, basiert auf der biblischen und theologischen Vorstellung, dass alle Menschen nach dem Bilde Gottes geschaffen sind. Das bedeutet, dass Ressourcen wie Geld, Nahrung und Heizmaterial geteilt

Maßnahmen für Veränderungen zu ergreifen. Power, Macht / Stärke, bezieht sich auf das Faktum, dass Menschen Macht über die Entscheidungen haben sollen, die ihr Leben betreffen. Es impliziert auch, dass die Art und Weise, wie wirtschaftliche und politische Macht eingesetzt wird, ein Zusammenleben der Menschen mit gerechter Ressourcenteilung ermöglichen soll. Armut beraubt Menschen ihrer Würde, ihrer Handlungsmacht und Stärke: dagegen anzugehen ist Schwerpunkt der Arbeit von CAP.

Diskussionen. Sie erfordern, Verständnis und Vertrauen aufzubauen, um an konkreten Problemen der Ausbeutung und des ungerechten Sozialleistungssystems zu arbeiten. Die Erfahrung ist, dass solche Kommissionen Veränderungen anstoßen, weil Menschen in Armut tatsächlich Mitspracherecht haben. Das Poverty Truth Network bringt die lokalen Verantwortlichen in einen Lernprozess.



Tony Addy-Papelitzky: „Armut beraubt Menschen ihrer Würde, ihrer Handlungsmacht und Stärke: dagegen anzugehen ist Schwerpunkt der Arbeit von CAP.“

FOTO: PRIVAT

werden sollen, damit alle die Mittel für ein gutes Leben haben können. Agency, Handlungsmacht, bedeutet, dass Menschen in der Lage sein sollen, wirksame

### CAP in Aktion

CAP arbeitet am Aufbau einer Bewegung für Veränderung, die auf den Erkenntnissen und der Stimme von Menschen beruht, die in Armut oder „am Rande“ leben. Im Folgenden Portraits von einigen der aktuellen Initiativen.

### Initiativen im Bereich „Lokale Organisation und Vernetzung“

#### Poverty Truth Network:

In vielen Städten und Regionen wurden ‚Poverty Truth Commissions‘ eingerichtet. Diese setzen sich aus Menschen zusammen, die von Armut betroffen sind. Sie bieten Entscheidungsträger:innen die Möglichkeit, sich diese Erfahrung anzuhören und Erkenntnisse daraus zu ziehen, um politische Entscheidungen zu beeinflussen. Dies sind schwierige

#### Participatory Budgeting:

CAP war der Pionier dieser Initiative in Großbritannien, die den Menschen in einem Ort ein Mitspracherecht bei der Entscheidungsfindung darüber gibt, wie öffentliche Gelder in ihrer Gemeinde ausgegeben werden. Es bedeutet, einen Prozess zu entwickeln, bei dem ein breites Spektrum von Menschen und lokalen Organisationen Budgetprioritäten gemeinsam diskutieren. Sie stimmen über Vorschläge ab und überwachen auch die Umsetzung ihrer Ideen. Dieses Verfahren wurde bereits von vielen Gemeinden in England übernommen und wird in Schottland umgesetzt.

#### Initiativen im Bereich „Selbstorganisation“

##### Self-Reliant-Groups:

Gemeinsam mit anderen partnerchaftlichen Gruppen sind mehr als 100

selbstständige Gruppen im Einsatz. Sie bringen Menschen mit gemeinsamem Hintergrund in Gruppen zusammen, die in einem Gebiet leben und von Armut betroffen sind. Es ist sehr wichtig, dass die Gruppe Vertrauen aufbaut und die Autorität und Handlungsfähigkeit der beteiligten Personen stärkt. Die Gruppen treffen sich regelmäßig, die Leitung wechselt. Ausgangspunkt ist das Teilen von Fähigkeiten, Interessen und Kreativität, und die Gruppen sparen auch regelmäßig gemeinsam. Sie beginnen dann damit, einige Produkte oder Dienstleistungen zu produzieren und zu verkaufen. Obwohl das Einkommen sehr gering ist, ist die Erfahrung der Zusammenarbeit stärkend. Die Gruppen sind untereinander vernetzt und treffen sich online. Die meisten Mitglieder sind Frauen und etwa 40% sind Einwanderer.

### „Your Local Pantry“ – „Lokale Speisekammer“

ist ein Netzwerk von lokalen Lebensmittelgeschäften, das eine Alternative zu Tafeln und anderen Initiativen für Menschen in Lebensmittelarmut darstellt. Im Unterschied zu diesen werden sie von den Betroffenen betrieben und die Ausgabe von Lebensmitteln basiert nicht darauf, dass die Menschen nachweisen müssen, dass sie Hilfe benötigen. Ziel ist eine nachhaltige Lebensmittelsicherung. Your Local Pantry hat ein Franchise-Modell entwickelt, damit die guten Erfahrungen an verschiedenen Orten geteilt werden können. Der Laden wird genossenschaftlich betrieben, von und für die Mitglieder, und jedes Mitglied zahlt einen kleinen wöchentlichen Beitrag, um Anteil an der „lokalen Speisekammer“ zu haben. Die Mitgliedschaft steht allen offen und die Pantry hat das Aussehen und die Atmosphäre eines kleinen Ladens. Mehr als 90% der Mitglieder sagen, dass Local Pantry ihre Haushaltsfinanzen verbessert hat, und 70% der Mitglieder sagen, dass es ihre Verbindung zu ihrer lokalen Gemeinschaft verbessert hat.

### Nationale Organisation

#### *Speaking Truth to Power – Der Macht die Wahrheit sagen:*

Konkret hat sich dieser Aspekt der CAP-Arbeit auf Ernährungsarmut konzentriert. Es wurde ein Gremium für „Lebensmittelerfahrungen“ (engl: food experience panel) eingerichtet, mit Expert:innen, die von Ernährungsarmut (food poverty) betroffen sind. Speaking Truth to Power arbeitete daran, die nationale Politik in Bezug auf Ernährungssicherheit und Nachhaltigkeit zu ändern. Ein wichtiger Aspekt war die Konzentration auf die Erfahrungen junger Menschen mit Ernährungsarmut. Sie nutzten die Möglichkeit, sich aktuell zu äußern, als die Regierung die Nahrungsmittelhilfe für Schüler:innen gekürzt hatte. Die CAP-Botschafter:innen für „Recht der Kinder auf Nahrung“ und die Zusammenarbeit mit anderen zwangen die Regierung, ihre Politik für kostenlose Schulmahlzeiten im Jahr 2021 zu ändern und diese wieder – auch in den Ferien - zu finanzieren.

### Initiativen in Zusammenarbeit mit Kirchen, lokal und national

#### *Church on the Margins - Kirche am Rande:*

CAP unterstützt Kirchen dabei, zu untersuchen und zu reflektieren, was es bedeutet, eine „Kirche am Rande“ zu sein. Dieser Prozess zielt darauf ab, lokale Kirchen befähigen zu verstehen, was es heißt, in der Praxis eine Kirche der Armen zu sein. Es bedeutet auch, mit nationalen Kirchen und kirchlichen Institutionen zusammenzuarbeiten, um die ärmsten und am stärksten ausgegrenzten Gemeinschaften mit neuen Ressourcen für Finanzen, Seelsorge und Ausbildung zu unterstützen. Ein Peer-Learning-Prozess, der Teil dieses Projekts ist, führt regelmäßige Sitzungen auf Zoom durch, und auf diese Weise wurde eine nationale Online-Community geschaffen.

### Theologische und biblische Reflexion

CAP produziert biblisches Reflexionsmaterial und Ideen für Gottesdienste



2012 war CAP mit einem Infobus zum Thema „Steuergerechtigkeit“ 53 Tage lang durch ganz Großbritannien unterwegs.

FOTO: ADDY



Ressourcen wie Geld, Nahrung und Heizmaterial sollen geteilt werden, damit alle die Mittel für ein gutes Leben haben können.

FOTO: PANTRY PECKHAM CAP

im Zusammenhang mit dem von ihr organisierten nationalen Armutssonntag. Dieser kurze Artikel gibt einen Einblick in die lebendige Organisation, die CAP ist, und natürlich gibt es noch viel mehr zu entdecken. Die Hauptantriebskräfte sind, dass die Kirche aufhören muss zu glauben, dass sie alle Antworten hat, und auf die Stimmen und die Weisheit der Menschen hören und mit ihnen zusammenarbeiten muss, um „Dignity, Agency and Power“ zu stärken.

*Übersetzung aus dem Englischen:  
Anna Sophie Artner-Papelitzky*

### WEITERE INFORMATIONEN:

<https://www.church-poverty.org.uk>

Im November 2022 organisiert der Cardijnverein gemeinsam mit CAP einen internationalen Workshop in Manchester zu diesem Thema. Informationen bei [stefan.robbrecht-roller@dioezese-linz.at](mailto:stefan.robbrecht-roller@dioezese-linz.at) [www.cardijnverein.org](http://www.cardijnverein.org)

# Holt Jugendliche endlich aus der Krise

## Was Jugendliche brauchen und wollen: eine solide Ausbildung, Perspektiven, Teilhabe und Mitbestimmung

Jugendliche wollen frei sein, sich ausprobieren, sich anderen annähern und unbeschwert sein. Das sollen sie auch. Gleichzeitig wollen sie sich einbringen und ernstgenommen werden. All das hat unter der Corona-Pandemie aber gelitten. Für Lehrlinge kam die Angst hinzu, ihren Ausbildungsplatz zu verlieren, denn viele Betriebe hatten monatelang geschlossen, manche für immer. Das hinterlässt Spuren. Die Jugend braucht eine Perspektive, sie braucht Optimismus, Mut und vor allem eine Zukunft. Ein Lagebericht von **BARBARA KASPER UND RICHARD TIEFENBACHER**.

**V**or allem in der Gastronomie, Hotellerie und im Tourismus konnten Jugendliche monatelang nicht ordentlich ausgebildet werden und ihren Lehrberuf erlernen. „Das ist katastrophal“, sagt Richard Tiefenbacher, Vorsitzender der Österreichischen Gewerkschaftsjugend (ÖGJ). „Einerseits natürlich, weil Lehrlingen dadurch wichtige Fertigkeiten fehlen, die sie als Fachkräfte in Zukunft benötigen. Andererseits hat diese erzwungene Auszeit auch viel mit Selbstwert zu tun, den ich normalerweise bekomme, wenn ich arbeiten gehe und eine Aufgabe habe. Ich bin dann Teil einer Gesellschaft. In den unzähligen Lockdowns ging der verloren“, erklärt der Gewerkschafter.

Alle, die in systemrelevanten Berufen ihre Ausbildung absolvieren, hat es genau anders getroffen. „Für die Lehrlinge im Handel, in den unterschiedlichen Gesundheitsberufen, aber auch in der Produktion war es besonders anstrengend und herausfordernd. Aufgrund der Situation mussten sie wie fertige Fachkräfte aushelfen und gingen an ihre körperlichen und mentalen Grenzen. Nach dem Ausstempeln erwartete sie nur der Lockdown“, so der ÖGJ-Vorsitzende. Ihre Bedürfnisse kamen in dieser Zeit eindeutig zu kurz.“ Die Einschränkungen durch die Corona-Pandemie haben Jugendliche daher in ihrer Persönlichkeitsentwicklung stark beeinträchtigt.

### Lehrlinge wurden in der Pandemie alleine gelassen

Jugendliche befinden sich in unterschiedlichen Phasen zwischen Ausbildung, Schule und Arbeit, erklärt Jugendzentrumsleiter und Psychotherapeut Reinhard Sander: „Am besten wäre es für sie, wenn die Übergänge zwischen diesen Phasen absehbar sind und sie sich drauf einstellen können. Wenn es da aber Störungen und Brüche gibt, sind sie angewiesen darauf, dass Hilfspersonen sie dabei unterstützen.“ Doch genau diese Rahmenbedingungen haben zuletzt gefehlt. „Die Politik hat Jugendliche, vor allem die Lehrlinge, sehr lange Zeit außenvor und sie mit ihren Sorgen und Nöten alleine gelassen“, kritisiert auch der Vorsitzende der Gewerkschaftsjugend. „Die Jugendlichen mussten durchhalten, Rücksicht nehmen, parieren und funktionieren – aber gerade in dieser wichtigen Entwicklungszeit sollten sie sich ausprobieren dürfen, lernen, teilhaben und ernst genommen werden“, ergänzt Psychotherapeut Sander „aber vor allem die notwendige Hilfe bekommen, wenn sie sie brauchen.“

### Depressionen und Essstörungen weit verbreitet

Die Rahmenbedingungen, damit Jugendliche diese Hilfe in Anspruch nehmen können, fehlen in Österreich. Eine Studie vom Mai 2021 der MedUni Wien und Donau-Universität Krems im Auf-

trag der Gewerkschaftsjugend zeigt, dass fast die Hälfte der 1.442 befragten Lehrlinge Symptome von Depressionen aufweisen, außerdem 35,4% Symptome von Angstzuständen, 50,6% Symptome von Essstörungen und 27% Symptome von Schlafstörungen. „Im Gegensatz zu Schüler:innen ist für Lehrlinge die Lehre als Berufsausbildung ein wichtiger Weg in die Arbeitswelt. Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass die psychische Gesundheit dieser Gruppe besondere Aufmerksamkeit erfordert“, so Tiefenbacher. Denn Arbeitsplatzunsicherheit könne zur späteren Entwicklung psychischer Störungen beitragen.

### Unzureichendes Maßnahmenpaket der Bundesregierung

Die Gewerkschaftsjugend fordert daher den Ausbau der psychosozialen Unterstützung an Berufsschulen sowie ausreichende Kapazitäten für Psychotherapie speziell für Jugendliche und Lehrlinge. „Das kürzlich vorgestellte Maßnahmenpaket der Bundesregierung zum Thema psychische Gesundheit ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Denn damit können lediglich 10% dessen abgedeckt werden, was wir für die psychische Gesundheitsversorgung von Kindern und Jugendlichen wirklich benötigen“, sagt Tiefenbacher. „Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf ein gesundes Aufwachsen. Die Regierung muss dieses Recht allen jungen Menschen in Österreich ge-



ÖGJ-Vorsitzender Richard Tiefenbacher: „Die Bedürfnisse und die Stimmen der Lehrlinge wurden in der Pandemie nicht gehört, und Berufsschüler:innen wurden von der Bundesregierung als Schüler:innen zweiter Klasse behandelt“. FOTO: ÖGB

währen“, steht für den Gewerkschafter außer Zweifel. Beim Zugang zu psychischen Gesundheitsmaßnahmen dürfe es keine Wartezeiten geben.

### Betriebe müssen unterstützen

Die Gewerkschaftsjugend appelliert aber auch an die Betriebe, die eigenen Lehrlinge im Rahmen ihrer Möglichkeiten bei psychischen Problemen zu unterstützen. Zum Beispiel durch das Anbieten von Beratungsangeboten im Betrieb im Betrieb (Betriebspsycholog:innen) oder das Freistellen von Lehrlingen für Besuche bei Psycholog:innen oder (Psycho-) Therapeut:innen. Außerdem sollten Betriebe, die noch keinen Jugendvertrauensrat installiert haben, ihre Lehrlinge animieren und unterstützen, dies rasch nachzuholen. „Denn die Jugendvertrauensrät:innen sind erste Ansprechpartner:innen für die Lehrlinge bei jeglichen Problemen und tragen nicht nur zur Ausbildungsqualität, sondern auch zum Wohlbefinden der Lehrlinge bei“, so Tiefenbacher.

### Umfrage zeigt, was Lehrlinge wollen

„Die Bedürfnisse und die Stimmen der Lehrlinge wurden in der Pandemie nicht gehört und Berufsschüler:innen wurden von der Bundesregierung als Schüler:innen zweiter Klasse behandelt“, ist Richard Tiefenbacher, Vorsit-

zender der Österreichischen Gewerkschaftsjugend (ÖGJ), verärgert: „Doch wir nehmen unsere Arbeit ernst und wollen den Lehrlingen eine Stimme geben.“ Mit einer Online-Umfrage unter Berufsschüler:innen in ganz Österreich hat die Gewerkschaftsjugend ein Stimmungsbild der aktuellen Situation an Berufsschulen eingeholt und die Bedürfnisse der Lehrlinge ernst genommen.

Die Lehrabschlussprüfung (LAP) als wichtige Prüfung zum Abschluss der gesamten Lehrausbildung ist ein großes Thema bei den Lehrlingen. Aufgrund steigender Herausforderungen und steigendem Druck braucht es dafür mehr Vorbereitungskurse, die während der Arbeitszeit angeboten und absolviert werden können. Der Prüfungsort der Lehrabschlussprüfung soll außerdem in einer vertrauten Umgebung am Berufsschulstandort stattfinden, wie drei von vier Lehrlingen fordern.

Bei der Notenvergabe in Sachen Krisenmanagement stellt jeder dritte Lehrling der Bundesregierung ein negatives Zeugnis aus. 41% bewerten das Krisenmanagement mit „genügend“. Nur 1 Prozent gibt der Bundesregierung ein „sehr gut“. 76% der Lehrlinge geben an, dass die Politik kaum oder gar nicht auf ihre Situation eingeht.

### Jugendliche brauchen Perspektiven

Neben der Gesundheit spielt für Lehrlinge eine Ausbildung mit den modernsten Geräten eine wesentliche Rolle. So können sie für die Zukunft qualitativ und hochwertig ausgebildet und auf die Arbeitswelt vorbereitet werden. Die ÖGJ fordert daher auch verstärkte Investitionen in die Berufsschulstandorte. Vor allem digitale Kompetenzen, Englisch sowie Beteiligung und Mitbestimmung müssen gefördert werden. Denn nur wer eine Perspektive hat, hat auch den Mut, optimistisch in die Zukunft zu gehen. Was Jugendliche also brauchen, ist gar nicht so schwer: eine solide Ausbildung, Perspektiven und Mitbestimmung. Die Gewerkschaftsjugend kämpft tagtäglich dafür, dass sie das von den Verantwortlichen – sei es in der Politik oder ihren Betrieben – auch bekommen.

### WEITERE INFORMATIONEN

Barbara Kasper, Redakteurin der ÖGB-Kommunikation ist unter anderem zuständig für den Bereich Jugend

[www.oegb.at/themen/jugend-und-bildung](http://www.oegb.at/themen/jugend-und-bildung)

# "Menschenwürdig statt prekär"

## KABÖ fordert Reform der 24-Stunden-Personenbetreuung in Österreich

Ein Symposium aller deutschsprachigen Katholischen Arbeitnehmer:innen-Bewegungen zum Thema „Menschenwürdig statt prekär“ Mitte Februar hat deutlich aufgezeigt, dass in Mitteleuropa ein zum Teil dramatischer Pflegenotstand festzustellen ist. Die Pandemie hat diese Situation zusätzlich verschärft. Viele Pflegekräfte haben während der Corona-Krise das Handtuch geworfen – Überarbeitung, schlechte Arbeitsbedingungen, dazu wenig Gehalt und zuletzt Mobbing durch Impfkritiker:innen spielten dabei eine Rolle. Besonders beleuchtet wurde im Rahmen der Online-Konferenz die Situation der 24-Stunden-Personenbetreuung. Dabei wurden arbeitsrechtliche, soziale und psychologische Problemstellungen debattiert, u.a. die Form der ausbeuterischen illegalen Beschäftigung in hunderttausenden deutschen Haushalten. In einem Referat über die österreichischen Verhältnisse gab der Vorsitzende der KAB Steiermark, Martin Hochegger, einleitend einen Gesamtüberblick über die Situation der Pflege in Österreich und wies vor allem auf den eklatanten Personalmangel hin. Anschließend beleuchtete er die Situation rund um die häusliche Pflege und um die 24-Stunden-Personenbetreuung durch Arbeitsmigrant:innen aus Osteuropa. Anlässlich des Symposiums führten **MARTIN HOCHEGGER UND KARIN LIEBENWEIN** nachfolgendes Interview mit dem Referenten und Agenturbetreiber **KLAUS KATZIANKA**.

**ZZ** Herr Katzianka, vielen Dank für Ihre Bereitschaft uns ein Interview zur Thematik der 24-Stunden-Betreuung zu geben. Sie selber leiten ja seit vielen Jahren eine Agentur. Was sind die Schwerpunktbereiche ihrer Agentur?

**KK** Der Schwerpunkt liegt in der Vermittlung von Personen für die 24-Stunden-Betreuung und vor allem auch für die Betreuung von Menschen mit beginnender Demenz. Dabei geht es um eine qualitativ hochstehende Lebens- bzw. Alltagsbegleitung. Natürlich spielt da auch fallweise die Pflege mit hinein. Dieser Teil ist jedoch geringer als allgemein angenommen. Wichtig dabei war und ist mir immer das persönliche recruiting – für mich kommt es immer auf die Wertorientierung der Bewerber:innen und den achtsamen Umgang mit den zu Betreuenden an. Ich bezahle deshalb meinen Betreuer:innen mehr als das übliche Honorar.

**ZZ** Sie gelten in der Öffentlichkeit als Kritiker und Mahner, haben 2005 ein eigenes Pflegevolksbegehren initiiert. Hat sich seither was getan oder hat die Politik diese Thematik wie eine heiße Kartoffel vor sich hergeschoben?

**KK** Leider hat die Politik sich dieser Problematik nie ernsthaft angenom-

men. Von Seiten der Politik hat man durch die gewählte Form der sogenannten Selbstständigkeit die kostengünstigste Variante gewählt und mit der Bereitschaft von Betreuer:innen aus Osteuropa spekuliert, um billiges Geld in Österreich zu arbeiten. Auch die großen Senior:innenverbände und Interessensvertretungen zeigten in der Vergangenheit nicht wirklich ein ernsthaftes Interesse an Verbesserungen.



Klaus Katzianka, Agenturbetreiber

FOTO: PRIVAT

**ZZ** Wie erklären Sie sich die Tatsache dass in einem Land mit rund 9 Millionen Einwohner:innen mehr als 800 Agenturen in diesem Vermittlungsgeschäft tätig sind?

**KK** Sie sprechen eines der Hauptprobleme in der Betreuung an. Je mehr Agenturen es am Markt gibt, umso größer ist der Verdrängungswettbe-

werb nach unten. Diese Agenturen erzeugen einen Dumpingprozess mit „Billigangeboten“ und schlechter Qualität. Viele dieser Agenturen wollen nur eines machen: Schnelles Geld und hohen Profit.

**ZZ** Die Personen, die vermittelt werden – meistens aus Niedriglohnländern aus Osteuropa – arbeiten als selbstständige Ein-Personen-Unternehmer:innen, obwohl weder Ort, Zeit, noch Inhalt der Arbeit den Charakter von Selbstständigkeit haben. Es handelt sich also um eine Scheinselbstständigkeit. Wie kann man das vernünftig und fair lösen?

**KK** Wenn wir den Bereich von der Selbstständigkeit in die Unselbstständigkeit führen, so würde die Betreuung sich massiv verteuern. Da reden wir dann von monatlichen Kosten von 7000 bis 12 000 Euro pro betreuter Person. Das ist für die Betroffenen und deren Familien nicht finanzierbar. Ich muss daher politisch einen Mittelweg zwischen Selbstständigkeit und Unselbstständigkeit finden. Wir brauchen für diese Thematik eine Sonderregelung.

**ZZ** Eine soziale Absicherung dieser Personen scheint kaum vorhanden, es gibt keinen arbeitsrechtlichen Schutz, und



Klaus Katzianka zur Situation der 24-Stunden-Kräfte: „Der derzeitige Zustand ist menschenunwürdig und erzeugt darüber hinaus prekäre Altersarmutssituationen durch niedrige Pensionen“. **FOTO:** PEXELS/MATTHIAS ZOMER

der Verdienst mit zwei bis drei Euro die Stunde 24 Stunden pro Tag ist mehr als bescheiden.

**KK** Der derzeitige Zustand ist menschenunwürdig und erzeugt darüber hinaus prekäre Altersarmutssituationen durch niedrige Pensionen. Insofern wird es immer weniger Motivation geben in die Ausübung dieser Tätigkeiten zu gehen. Und es wird in Kürze zu einem Pflegenotstand kommen. Eine finanzielle Besserstellung wurde auch durch das über viele Jahre nicht erhöhte Pflegegeld verhindert. Wenn wir diesen Bereich im Rahmen einer Pflegereform auf neue Beine stellen wollen, muss die Politik mehr Geld in die Hand nehmen. Das haben sich die alten Menschen in Österreich verdient.

**ZZ** Viele arbeiten als Betreuer:in, obwohl im Arbeitsalltag auch sehr viele pflegerische Tätigkeiten durchgeführt werden müssen. Hier gibt es unseres Erachtens eine enorme Grauzone zwischen Betreuung und Pflege.

**KK** Was die Regelung rund um die Pflege betrifft, würde dem behandelnden Hausarzt eine steuernde Rolle zukommen. Auf der Basis seiner Expertise müsste in Zukunft der Pflegeeinsatz durch qualifiziertes Personal geregelt werden. Und damit auch der Bereich der Qualifikationen und der Dokumentationspflicht. Eine wirkliche persönliche Assistenz wird in Österreich kaum realisierbar sein, da es nicht finanzier-

bar ist. Die derzeitigen Modelle, die in einigen Bundesländern eingeführt werden, führen zu Verzerrungen im Angebot. Was wir brauchen sind bundesweite Regelungen.

**ZZ** Was würden Sie sich als Agenturchef wünschen?

**KK** Wir brauchen eine massive Verbesserung des Einkommens unter ande-

rem durch eine deutliche Erhöhung des staatlichen Fördergeldes, weiters eine Erhöhung des Pflegegeldes im Ausmaß von 15 bis 20%. Dabei sollte der Demenzbereich besonders behandelt und abgegolten werden. Übergeordnet benötigen wir ein faires "Pflegefinanzierungsmodell" sowie die Installierung eines eigenen Staatssekretariats für Betreuung und Pflege.

## Erste österreichische Gemeinwohl-Werkstatt am 15.6. in Graz

Ein „gutes Leben für alle“ benötigt Rahmenbedingungen, die weit über die unmittelbaren Interessen von Arbeitnehmer:innen hinausreichen. Das gilt auch für andere Bereiche zivilgesellschaftlichen Engagements. So wünschte sich Caritas Präsident Michael Landau im Jänner 2020, „dass künftige Gesetze und Verordnungen nicht nur einem Klima-Check, sondern auch einem Armuts-Check unterzogen werden.“ Ins selbe Horn stößt SOS Kinderdorf Österreich im November 2021: „Damit Kinderrechte bei politischen Entscheidungen verlässlich berücksichtigt werden, fordern wir dringend einen erweiterten Jugend-Check für alle neuen Gesetze.“ Und im Jänner dieses Jahres fordert Julian Christian von der Bundesjugendvertretung eine „institutionelle Einbindung bei politischen Entscheidungen“. Genau darum geht es bei der am 15. Juni in Graz stattfindenden Gemeinwohl-Werkstatt. Wir suchen nach Antworten, wie wir die institutionelle Struktur unserer Demokratie dahingehend verbessern können, um allen Menschen in unserem Land ein gutes Leben gewährleisten zu können. Das diesjährige Treffen bietet 15 engagierten Demokrat:innen Platz für ihre Beratungen. Hans Holzinger von der Robert-Jungk-Bibliothek wird die ganztägige Veranstaltung im Format einer Zukunftswerkstatt moderieren. *Arno Niesner*

### WEITERE INFOS:

[www.gemeinwohlcontrolling.net](http://www.gemeinwohlcontrolling.net) (Menü „Veranstaltungen“)

## KOMMENTAR

### ZUR PERSON

**Andreas Exner** hat Ökologie und Politikwissenschaften studiert und ist derzeit operativer Leiter des Regional Centre of Expertise (RCE) Graz-Styria, Zentrum für nachhaltige Gesellschaftstransformation der Universität Graz.

FOTO: PRIVAT



## In Vielfalt zusammenhalten

Nach 1945 erfuhren die Gesellschaften des Globalen Nordens eine relative Homogenisierung. Freilich blieben bedeutende soziale Trennlinien bestehen, z.B. zwischen den Geschlechtern. Doch lehnten die sozialen Bewegungen ab etwa 1968 die zunehmende Homogenität als Zwang ab. Sie kritisierten die Parteien und ihre Vorfeldorganisationen, die staatliche Politik, Gewerkschaften, Schulen und Universitäten. Zugleich entwickelten sich Bewegungen der Frauen, Lesben und Schwulen, ethnische Minderheiten erhoben ihre Stimmen.

Diese „Weltrevolution von 1968“ führte zwar einerseits dazu, dass in vielen sozialen Bereichen Freiheitsspielräume entstanden. Andererseits war sie nicht vereint und stark genug, um auch die Klassenunterschiede sowie sexuelle und rassistische Diskriminierungen zu überwinden. Im Gegenteil: Es nahmen etwa die Klassenunterschiede im Verlauf der 1970er Jahre erneut zu. Während Parteien, Gewerkschaften und andere Institutionen ihre Bindekraft verloren, begann die Gesellschaft deshalb in relativ getrennte Gruppen zu zersplittern.

### **Auswirkungen von Globalisierung und Digitalisierung**

Die in den 1980er Jahren einsetzende Globalisierung und Digitalisierung hatte vor diesem Hintergrund vor allem zwei Konsequenzen: Einerseits verschärfte sich die ökonomische Ungleichheit immer mehr, und die internationale Migration nahm zu. Andererseits entwickelte sich das Internet zu einer Sphäre, in der die politischen Milieus sich weiter von den traditionellen Institutionen entkoppelten. Die Globalisierung verunsicherte vor allem jene, die einen ökonomischen Abstieg befürchteten oder erlitten, und darunter insbesondere die Gruppen mit autoritären Haltungen. Diese orientieren sich an Schwarz-Weiß-Bildern der gesellschaftlichen Wirklichkeit und reagieren auf Komplexität mit Angst. Sie nahmen daher die gewachsene kulturelle Vielfalt als eine massive Bedrohung wahr. Im Internet fanden nicht nur emanzipatori-

sche Bewegungen eine Heimat, sondern es eröffneten sich zugleich Kommunikationsräume, die sich weitgehend auf sich selbst beziehen. Diese Phänomene wurden erneut in den von rechtsextremen Strömungen dominierten „Corona-Protesten“ deutlich.

### **Mehr soziale Gleichheit und Umverteilung**

Für eine Lösung dieser Problematik braucht es daher zweierlei. Zunächst einmal müssen die Auseinandersetzungen für eine Gesellschaft, die verschiedene Lebensweisen akzeptiert, mit dem Eintreten für mehr soziale Gleichheit durch Umverteilung von oben nach unten verbunden werden. Nur in einer Gesellschaft relativer sozialer Gleichheit können die Ängste autoritär gesinnter Gruppen im Zaum gehalten werden. Dabei bildet das Eintreten für Vielfalt und für soziale Gleichheit keinen Widerspruch, sondern gehört zusammen. Doch ist dies allein zu wenig.

### **Neue Institutionen der kollektiven Verständigung**

Es braucht darüberhinaus neue Institutionen der kollektiven Verständigung über gesellschaftliche Zielsetzungen. Die traditionellen Institutionen sind dazu nicht mehr in der Lage. In dieser Hinsicht scheinen neue Formen der Demokratie wie zum Beispiel Bürger:innenräte vielversprechend. Sie müssen allerdings mit realer Entscheidungsmacht ausgestattet sein, verschiedene soziale Gruppen integrieren, und so strukturiert sein, dass Diskussionen auf der Basis von Argumenten geführt werden. Eine andere Strategie besteht darin, Demokratie auf die Wirtschaft auszuweiten. Initiativen Solidarischer Ökonomie, zum Beispiel Genossenschaften, bieten dafür Modelle. All dies setzt freilich voraus, dass die zunehmenden Spaltungen einer polarisierten Gesellschaft tatsächlich ernsthaft angegangen werden. Die Beiträge in diesem Heft versuchen einige der möglichen Wege dazu auszuloten.

# Gemeinsam sind sie stark

## Das neue Präsident:innen-Team der Katholischen Aktion Österreich stellt sich vor

Bereits seit 24.9.2021 ist das neue Präsident:innen-Team der Katholischen Aktion Österreich im Amt: Ferdinand Kaineder als Präsident, Katharina Renner und Brigitte Knell als Vizepräsidentinnen (s. Foto, v.l.n.r.). Die drei haben schon einiges auf den Weg gebracht und stellen sich in dieser Ausgabe von ZeitZeichen exklusiv den Leser:innen des Magazins der Katholischen Arbeitnehmer:innen-Bewegung vor.



**Ferdinand Kaineder**

### Gute, heilsame Wirkkraft entfalten

Warum ich kandidiert habe? Als Bewerbungsschreiben habe ich damals für die Österreichkonferenz der KAÖ folgendes geschrieben: „Als Mensch und Christ ist es mir ein Anliegen, gesellschaftliche Prozesse und Entwicklungen hellwach zu sehen und zu benennen. Mein lebenslanges Bemühen bisher war, mich in Gemeinschaften und Organisationen so einzubringen, dass Lebendigkeit wachsen konnte in einem guten und fruchtbaren Miteinander auf Augenhöhe. Meine grundsätzliche Lebenshaltung würde ich als „einfach, gemeinsam, wach“ bezeichnen. Der Wechsel von einem technisch-technokratisch geprägten hinüber in ein sozial-ökologisch-spiritueller Welt- und Menschenbild sind mir ein Herzensanliegen (#LaudatoSi).

Das kirchliche Milieu sehe ich derzeit geprägt von Image- und Relevanzverlust, gerade auch bei der KA. Neue Verknüpfungen und Synapsen in den jeweiligen Lebens- und Resonanzräumen vor Ort und ein bewusstes Hineinstellen in die Jesus-Bewegung können aus meiner Sicht eine „gute und heilsame Wirkkraft“ entfalten, gerade auch als Getauften-Kirche in dieser Gesellschaft.“

### Beflügelndes Miteinander

Was mich beflügelt: Es ist die wunderbare Zusammenarbeit mit den Vizepräsidentinnen Katharina Renner und Brigitte Knell („Präsident:innenteam“), das wohlwollende Entgegenkommen im Generalsekretariat und in den ersten Begegnungen. Sehr überrascht war ich von der „mageren Ausstattung“ des Büros. Ich habe wahrgenommen, dass die Bischöfe die KA in den letzten Jah-



Das KA Präsident:innen-Team tritt ein für eine Welt, die Lebenschancen für alle Menschen schenkt, auch für zukünftige Generationen. **Foto:** PRIVAT

ren „zusammengespart“ haben, aber nicht in der krassen Dimension. Als erstes haben wir im Dezember mit den Vorsitzenden der Gliederungen und Diözesanvertreter:innen ein Konzept für Kommunikation erarbeitet. Das hilft uns sehr, als vernetzte Identität zu agieren. Nicht mehr Dach, sondern im Netz, in Verbündungen denken.

### Synodales Grundprinzip und sozial-ökologisch-spirituelle Praxis stärken

Wir wollen einander helfen und unterstützen, die jesuanische Blickrichtung und Handlungsweise zu schärfen und im Alltag einzunehmen. Als wesent-

lich sehen wir, dass wir dabei eine partizipative, kooperative und synodale Identität und Körpersprache tatsächlich entwickeln und damit ausstrahlen. Das synodale Grundprinzip von Kirche gilt es in nächster Zeit zu stärken und sich von hierarchisch verselbständigten Grundhaltungen ganz konsequent zu verabschieden. Fundament allen Handelns von Christinnen und Christen sehen wir in der Taufe und in der Be-

auftragung zum gleichwertigen Dienst von Frauen und Männern in der Kirche. Der selbstreferentielle und selbstgenügsame männliche Klerikalismus ist nicht nur für Papst Franziskus ein Auslaufmodell.

Gerade mit Blick auf die besonderen Herausforderungen im sozial-ökologisch-spirituellen Bereich wollen wir mithelfen, eine neue, gewandelte, eben sozial-ökologisch-spirituelle Praxis zu stärken, sie konkret zu leben, sie zu teilen und davon zu erzählen. Unsere Orientierung finden wir im Blick auf das christlich-jesuanische Menschen- und Weltbild, in der katholischen Sozial-

lehre mit ihren Prinzipien der Solidarität, Subsidiarität, Nachhaltigkeit, Gemeinwohl, Personalität und der Option für die Armen und eben in den Parametern einer lebendigen Jesusbewegung.



**Katharina Renner**

### **Kirche als Ort, an dem ich sein kann**

Gerade in der jetzigen Zeit, wo Kirche selten positiv überrascht, finde ich den Einsatz für eine katholische Laienorganisation besonders spannend. Wir haben nur diese Kirche, und bei aller Hoffnung auf Änderung wird sie immer der kleinste gemeinsame Nenner bleiben. Aber an keinem anderen Ort finde ich so viele Menschen, die mit mir die Idee davon teilen, dass jeder Mensch richtig ist, wie er ist, dass wir alle eine Würde haben, über die niemand verfügen kann.

Die Kirche ist einer der ganz wenigen offenen und konsumfreien Orte. Wahrscheinlich ist es das, was mich hält. Dass es einen Ort gibt, an dem ich einfach da sein kann. Unsere Welt ist durchdirigiert von einer Logik, die die Menschen in Gewinner:innen und Verlierer:innen einteilt. Teilhabe ist direkt abhängig von Kapital, vor allem materiellem. Die Kirche hat eine andere Logik. Hier ist das bloße Da-Sein ausreichend.

### **Ich suche noch die Sprache für die Botschaft**

Ich habe die Sorge, dass sich die religiös-spirituelle Welt katholischer Prägung und der Rest der Gesellschaft auseinanderentwickeln. Sie sprechen unterschiedliche Sprachen. Vor allem die Rede von Gott außerhalb der Kirchenmauern hat etwas Fremdes, etwas Schweres. Trotzdem halten viele fast trotzig an dieser Art zu sprechen fest. Ich suche noch

die Sprache für die Botschaft.

### **Der Synodale Prozess – mehr als ein Zeichen?**

Der Synodale Prozess ist ein schönes Zeichen, aber ob er mehr ist? Ich bin – gemeinsam mit vielen anderen – nicht sehr hoffnungsfroh, was Reformen in der offiziellen Kirche betrifft. Anders sieht es an der „Basis“ aus. Pfarren und Gemeinden sind lebendige Orte. Die Botschaft aus Rom, dass hier synodales Arbeiten gewünscht und unterstützt wird, stärkt diejenigen, die das Ideal des gemeinsamen Weges leben, ohne Klerikalismus, ohne Hierarchien.

Die Kirche ist kein Selbstzweck. Wirksam wird Kirche dann, wenn sie für das gute Leben eintritt und für eine Welt, die Lebenschancen für alle Menschen schenkt, auch für zukünftige Generationen.



**Brigitte Knell**

### **Spannend: die Kraft der Veränderung**

Begeisternd sind für mich, die vielen großartigen Menschen, die in unserer Kirche arbeiten und leben. Dankbar bin ich für die große Vielfalt in unserer Kirche. Getragen fühle ich mich von Gott\* in meinem Tun. Verzweifeln lassen mich viele Missstände in unserer Kirche. Traurig bin ich über die vielen Verletzungen, die Menschen in unserer Kirche erleben. Hoffnung machen mir Menschen, die mutig Neues wagen.

### **Mithelfen, die Arbeit von Menschen in der Kirche hinauszutragen**

Als eine meiner Aufgaben in der KAÖ sehe ich die als Botschafterin. Viele großartige Menschen arbeiten in den einzelnen Gliederungen und Diözesen und erarbeiten wichtige Projekte,

um Kirche konkret werden zu lassen. Mithelfen, dass diese Arbeit weit in die Welt hinaus bekannt wird, sehe ich als eine meiner Aufgaben. Ich bin fest überzeugt, dass die christliche Botschaft einen großen Beitrag für ein gutes Leben aller Menschen leisten kann.

### **Chance auf Zukunft**

Dabei ist ganz klar, dass es Erneuerung und echte Reformen in unserer Kirche braucht. In der KA sehe ich eine gute Möglichkeit, als Kirche auch in Zukunft relevant zu sein. Die Katholische Aktion steht für ein achtsames Christentum, das die Zeichen der Zeit erkennt und danach ihr Tun ausrichtet. Dieses Christsein konkret sehe ich auch als gute Möglichkeit für moderne Menschen, Kirche in echter Teilhabe zu erleben.

### **Hierarchie und Klerikalismus überwinden**

Natürlich nehme ich einen großen Bedarf auch an strukturellen Reformen in unserer römisch katholischen Kirche wahr. Es kann nicht richtig sein, dass ein Engagement von Laien auf weite Strecken vom guten Willen eines Klerikers abhängig ist. Eine so stark hierarchisch verfasste Kirche, die offensichtlich an ihren eigenen überhöhten Idealen so kläglich scheitert, wird dem Auftrag Gottes, allen Menschen von seiner Liebe zu erzählen und das Reich Gottes zu verkünden, nicht gerecht.

Als Vizepräsidentin der Katholischen Aktion Österreich kann ich aber mitarbeiten an einer Zukunft für eine glaubwürdige Kirche, die mutig und offen Christsein verwirklicht.

## **OFFENLEGUNG**

Offenlegung im Sinne des § 25 des Bundesgesetzes über die Presse und andere publizistische Medien (BGBl. Nr.314/1981 ) **Medieninhaber:in (Verleger:in):** Kath. Arbeitnehmer - Bildungs- und Hilfswerk Österreich, 1010 Wien, Spiegelgasse 3/2/6 **Geschäftsführung:** Mag.<sup>a</sup> Gabriele Kienesberger **Vorstand:** Mag. Heinz Mittermayr, Reinhold Grausam **Grundlegende Richtlinien des Mediums:** Religiöse, soziale und kulturelle Information von Arbeitnehmer:innen

# Vom Herzensanliegen zum Klimaprojekt

## Industrieviertelakademie 2022 in Wiener Neustadt

Die jährliche Industrieviertelakademie wird von einem Ausschuss der Katholischen Aktion Wien organisiert, dieser setzt sich aus ehrenamtlich und hauptamtlich Engagierten aller KA-Gliederungen zusammen. Der Ausschuss wird vom Vorsitzenden Andreas Löffler gemeinsam mit der KAB Diözesanreferentin Sarah Macheiner koordiniert. Den Herausforderungen des Klimawandels entsprechend wurde die diesjährige Industrieviertelakademie im Bildungshaus St. Bernhard als regionale FairWandeln-Klimakonferenz konzipiert. Dabei konnten Menschen aller Altersgruppen, teils mit, teils ohne pfarrlichen Hintergrund, begeistert werden, ihre Herzensanliegen zum Thema Klimaschutz miteinander zu teilen. Im bewusst konstruktiven Dialog wurde nach Möglichkeiten gesucht, diese Wünsche in konkrete Projekte umzusetzen.

Ein Bericht von SARAH-MARIA MACHEINER.

Bei der Auseinandersetzung mit den Themenfeldern Konsum, Verkehr, Energie, Müllvermeidung sowie Bodenschutz wurde auf zwei Bereiche besonderes Augenmerk gelegt, nämlich auf die Bodenversiegelung, besser gesagt auf die Möglichkeit, ja Notwendigkeit, Böden wieder zu ‚entsiegeln‘, sowie auf umweltfreundlichen Verkehr. Dazu wurden gleich zwei Projekte entwickelt. Dabei handelt es sich um das häufig vorgebrachte Herzensanliegen einer autofreien Schulstraße und um die Durchführung von Radfahrtagen im Höllental, wobei die Straße wirklich ausschließlich Radfahrer:innen zur Verfügung stehen soll. „Es ist auch wichtig, dass wir uns anschauen, welche Rolle die Gemeindepolitik und die Pfarren beim Klimathema spielen können, daher haben sich bei der Klimakonferenz Interessierte zusammengeschlossen, die einen Initiativantrag an den Gemeinderat erarbeiten werden,“ berichtet stolz der KA-Generalsekretär und engagierte Klimaaktivist Christoph Watz.

### FairWandeln – jetzt etwas verändern!

Die Initiative FairWandeln, die das Konzept dieser Klimakonferenzen entwickelt hat, bietet zum Schwerpunkt Schöpfungsverantwortung unterschiedliche Angebote an.

So wird bereits am 25. April, 17:30 - 20:00 Uhr, am Stephansplatz 6, beim nächsten FairWandeln-Netzwerktreffen präsentiert, wie sich Klimakonferenzen mit Kindern und Jugendlichen gestalten lassen.



v.l.n.r. KA Generalsekretär Christoph Watz, KAB Diözesanreferentin Sarah Macheiner und stv. Vorsitzende des KA-Vikariat Süd Ausschusses Maria Roth (kfb) engagieren sich für eine klimarechte Welt. FOTO: KA WIEN

## IMPRESSUM

**IMPRESSUM Medieninhaber:in (Verleger:in):** Katholische Arbeitnehmer - Bildungs- und Hilfswerk Österreich, 1010 Wien, Spiegelgasse 3/2/6 **Herausgeber:in:** Katholische Arbeitnehmer:innen Bewegung Österreich, Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien; 0664/6217198, kab.office@kaoe.at **Geschäftsführung:** Mag.ª Gabriele Kienesberger **Chefredakteur:in:** Mag.ª Elisabeth Ohnemus **Redaktionsteam:** Martin Hochegger, Mag.ª Gabriele Kienesberger, Mag.ª Anna Wall-Strasser **Verwaltung/Anzeigen:** Mag.ª Gabriele Kienesberger **Layout:** Karin Weiß, weisskarin@gmx.at **Lektorat:** Mag.ª Wilhelmine Deschberger, Dr.ª Sonja Meißl. **Hersteller:in und Expedit:** Druckerei Wograndl/Mattersburg, Verlagsort Mattersburg **Bankverbindung:** Schelhammer Capital, BIC: BSSWATWW IBAN: AT93 1919 0000 0012 0659

## GLEICH HIER ANMELDEN:

wien@welthaus.at

01/51552-3353

[www.fairwandeln.at/klimakonferenzen](http://www.fairwandeln.at/klimakonferenzen)

## BUCH-TIPP

---



Andreas Exner  
**Ökonomien der Gabe –  
Frühsozialismus, Katholische  
Soziallehre und Solidarisches  
Wirtschaften**

Mandelbaum-Verlag,  
Wien 2021,  
ISBN 978385476-895-1  
400 Seiten  
Preis: € 29



Tobias Doppelbauer, Dirk Lange  
**Demokratie im Alltag  
Zum Bürger\*innenbewusstsein  
Wiener Jugendlicher**

Springer Fachmedien  
Wiesbaden GmbH 2021  
ISBN 978-3-658-31931-1  
150 Seiten  
Preis: € 51,39

Was haben Frühsozialismus, Katholische Soziallehre und solidarische Ökonomie miteinander zu tun? Es sind die Ökonomien der Gabe, die als roter Faden sich durch das gleichnamige Buch von Andreas Exner ziehen. Dabei werden Geschichten miteinander in Beziehung gesetzt, die für manche überraschend erscheinen mögen. Doch so entsteht eine große Erzählung von der bäuerlichen Urform des Wirtschaftens über die Praxis Jesu hin zur Gegenwart. Exner zeigt in den Formen der solidarischen Ökonomie einen Weg für das Zusammenleben heute.

*Karl A. Immervoll*

Das Buch entwickelt die empirische Basis der politischen Bildung aus der Perspektive einer kritisch-konstruktivistischen und qualitativen Politikdidaktik.

Neben Rekonstruktionen von Demokratievorstellungen werden vielfältige Zugänge zu Demokratie aufgezeigt und didaktische Implikationen für die Praxis politischer Bildung exploriert.

Untersucht werden die Demokratievorstellungen Wiener Jugendlicher im Kontext der postdemokratischen Konstellation ‚westlicher‘ und liberaler Demokratien.



### **DIE KABÖ LÄDT ZUR BUCHPRÄSENTATION:**

Andreas Exner, Ökonomien der Gabe.  
21.10.2022, 18 Uhr  
Stephanisaal, Stephansplatz 3, 1010 Wien

### **Zum Kennenlernen bietet ZEITZEICHEN ein Schnupperabo an:**

**Bestellen Sie Ihr Gratis-Probeabo für 3 Ausgaben**

**per Post:**

senden Sie Name und Bezugsadresse an:  
ZeitZeichen, KABÖ,  
Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien

**oder per E-Mail:**

kab.office@kaoe.at

Österreichische Post AG  
MZ 02Z031417 M  
Katholische Arbeitnehmer - Bildungs- und Hilfswerk Österreich  
Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien